

Verbandspolitisches

Stellungnahme der DVPB NW zu den Plänen von CDU und FDP zur Einführung eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“

Wo bleibt die politische Bildung?

Wie wichtig ist der CDU und der FDP in NRW die Demokratiekompetenz?

In den ersten Pressemeldungen zu den Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der FDP wurde bekannt gegeben, dass ein Unterrichtsfach „Wirtschaft“ an allen allgemeinbildenden Schulen des Landes eingeführt werden soll. Die politisch-gesellschaftliche Bildung findet in den Koalitionsverhandlungen bislang anscheinend keine besondere Erwähnung. Ist die Demokratiekompetenz der nächsten Generation der CDU und der FDP kein Wort wert?

Heranwachsende und Lehrkräfte stehen vor enormen Herausforderungen, die der rasante Wandel der heutigen pluralistischen, demokratischen Gesellschaften mit sich bringt. Wirtschaftliche und soziale Globalisierung, Digitalisierung, Pluralisierung der Lebensweisen, politische Steuerungsverluste sowie neue soziale, ökonomische und ökologische Unsicherheiten und Ungleichheiten sind nur einige dieser Herausforderungen. Sie müssen in der Schule breit thematisiert und mit den Schülerinnen und Schülern bearbeitet und als gestaltbare Prozesse greifbar gemacht werden. Der Verlust politischen und gesellschaftlichen Wirksamkeitsempfindens bei der jungen Generation stellt eine massive Bedrohung unserer Demokratie dar, der nur durch eine wertebasierte demokratische Bildung entgegengewirkt werden kann. Wir verstehen diesen Bildungsauftrag als erstrangige Form der Prävention gegenüber Entfremdungserscheinungen wie politischer Extremismus und soziale Verrohung.

Wie viel Lernzeit wollen CDU und FDP den jungen Menschen zukünftig für die Auseinandersetzung mit diesen neueren gesellschaftlichen Entwicklungen geben? Ein zusätzliches Unterrichtsfach „Wirtschaft“ ist dafür zweifellos nicht geeignet, da es die wirtschaftlichen Aspekte von den sozialen und politischen isoliert betrachtet. Die ganzheitliche Sichtweise auf komplexe sozioökonomische Probleme und Herausforderungen der heutigen globalisierten Marktwirtschaften würde den nordrhein-westfälischen Lernern und Lernerinnen damit in Zukunft verwehrt.

Der bestehende Ansatz der sozialwissenschaftlichen integrativen Bildung, in der die wirtschaftliche Bildung selbstverständlich integriert stattfindet, ist seit Jahrzehnten ein nordrhein-westfälisches Erfolgsmodell. Während in erfolgreichen Schulsystemen Schulfächer zugunsten fächerintegrierten Lernens zusammengelegt oder aufgehoben werden, soll nun in NRW ohne Not ein Rückschritt in eine verengte und altertümliche Fächerstruktur erfolgen, die sich nicht bewährt

hat. Ein besonderes Interesse hat die deutsche Gesellschaft, auch und vor allem die Wirtschaft, an der Integration der Neueingewanderten. Hier stellt sich die wichtige Frage: Wie viel Lernzeit gibt die Koalition zukünftig den Schülerinnen und Schülern, die aus autoritär regierten Staaten nach Deutschland kommen, um sich mit der deutschen Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft vertraut zu machen?

Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen in NRW brauchen Zeit und Ruhe, um fachlich und pädagogisch guten Unterricht zu gestalten und weiter entwickeln zu können. Mit der Einführung eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ und dem hierdurch notwendig werdenden Umbau der Stundentafeln wird den Schulen in NRW eine sachlich unnötige Schulreform aufgezwängt. Dies wird erneut Unruhe in die Schulen bringen. Die Leidtragenden sind am Ende Schülerinnen und Schüler, denen für ihre wichtigen Fragen an die heutige deutsche Demokratie und Gesellschaft kein Raum mehr gegeben werden kann.

Die DVPB NW fordert daher den vollen Erhalt einer gesellschaftlichen Bildung, die eine ökonomische Bildung in die sozialwissenschaftlichen Fächer integriert. Sie fordert den Ausbau politischer und sozialer Inhalte in den Curricula. Eine Studie der Universität Bielefeld belegt, dass schon heute der ökonomische Anteil in den vorliegenden Bildungsplänen deutlich dominiert. Soziale Themen sind in den Curricula bereits an den Rand gedrängt.

Duisburg, den 7. Juni 2017

Der geschäftsführende Vorstand der DVPB NW

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Vorsitzende des Landesverbands NRW)

Prof. Dr. Andrea Szukala (Stellv. Vorsitzende des Landesverbands NRW)

Ulrich Krüger (Stellv. Vorsitzender des Landesverbands NRW)

Stellungnahme der DVPB NW zu den Kernlehrplänen Politik / ökonomische Grundbildung sowie Sozialwissenschaften an Realschulen

5. April 2017. Die DVPB NW wird als Fachverband im Verbändebeteiligungsverfahren im Rahmen der Lehrplanelentwicklung des Landes angehört. Auf diesem Weg können wir im Sinne der Politischen Bildung Einfluss auf die Ausgestaltung der Lehrpläne nehmen.

Auch im Verfahren zu den Kernlehrplänen Politik / ökonomische Grundbildung und Sozialwissenschaften an Realschulen hat die DVPB NW eine Stellungnahme verfasst. Für die vielen Impulse aus den Reihen der Mitglieder an Realschulen möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal bedanken.

Die Stellungnahme finden Sie auf der Webseite der DVPB NW unter <http://www.dvpb-nw.de/> >DVPB NW Stellungnahme Kernlehrpläne, Synopse_Realschule_Politik_WP_Febr-2017

Das Fazit: „Mit der Preisgabe des didaktischen Konzepts einer ‚integrativen Sozialwissenschaft‘ an der Realschule wickelt NRW ein sehr innovatives Fachkonzept für die Sekundarstufe I ab, das eine bildungspolitische und bildungspraktische Vorbildfunktion hatte und hat.“

Landesforum der DVPB NW

Donnerstag, den 16. November 2017 von 10.00 bis 16.00 Uhr im Veranstaltungszentrum der Ruhr-Universität Bochum

„Politische Bildung in Zeiten digitaler Transformation“

Was macht die digitale Transformation mit der Gesellschaft?

Als das Internet gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend auch in viele Privathaushalte eingezogen ist, waren die Hoffnungen groß, dass sich im Zuge der Digitalisierung verschiedene Gruppen der Gesellschaft, vor allem auch diejenigen, die der formalen Politik eher skeptisch gegenüberstanden, stärker in den politischen Willensbildungsprozess einbringen würden. Die Erwartungen waren groß, dass politische Partizipation durch demokratische Online-Diskurse und online-gestützte plebiszitäre Entscheidungen erleichtert würde, und dass auf der anderen Seite die Bürgernähe der Politik durch die erweiterten demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger automatisch zunähme.

Diese Erwartungen haben sich aber nur zum Teil erfüllt: Zwar gibt es heute eine Vielzahl politischer Partizipationsformen im Internet, aber wie im analogen Feld werden diese vornehmlich von Personen mit einem formal höheren Bildungsabschluss genutzt. Ferner sind erweiterte politische Kontrollmöglichkeiten entstanden, zum Beispiel durch die Möglichkeiten einer demokratischen Gegenöffentlichkeit im Internet oder durch Onlineangebote, die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, vom Informationsfreiheitsgesetz wirksam Gebrauch zu machen. Viele Behördenentscheidungen werden so transparenter. Die Digitalisierung umfasst mittlerweile alle Lebensbereiche, auch das Feld der Arbeit. Sie erleichtert unser Leben, macht es komplizierter und produziert aber auch — zum Beispiel mit Blick auf die sich abzeichnenden weiteren Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten — erhebliche Zukunftsängste.

Zugleich ist die Internetökonomie durch Monopole geprägt (Google, Facebook), welche nicht nur eine immense ökonomische Macht, sondern auch eine informatorische Filtermacht auf sich vereinen und so das Weltverstehen, die Informationsgewohnheiten und täglichen Entscheidungen von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern nicht nur hochgradig beeinflussen, sondern auch teilweise unreguliert beobachten können.

Zunehmend wird deutlich, dass die Digitalisierung politisch und gesellschaftlich gestaltet werden muss. Diese Herausforderung stellt sich nicht nur für die Sphäre der Politik. Die Diskussionen über Fake News, Shitstorms, Hate Speech und die Versuche der Einflussnahme auf Wahlen durch fremde Staaten mittels digitaler Medien zeigen einen gesellschaftlichen Gestaltungs- und Regulierungsbedarf an.

Auf dem diesjährigen Landesforum soll im Rahmen eines Barcamps ein Forum geboten werden, um über die Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation zu diskutieren. Welche Themen sind für die politisch-ökonomische Bildung relevant? Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten benötigen heutige Bürgerinnen und Bürger, um ihr Leben und ihre Zukunft mündig gestalten zu können? Wie können digitale Angebote für Prozesse der sozialwissenschaftlichen Bildung genutzt werden? Auf der Homepage finden Sie erste thematische Vorschläge für einzelne Sessions. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landesforums sind zudem aufgerufen eigene Vorschläge einzubringen, die Sie in Kürze auch auf der Barcamp-Homepage der DVPB NW vorab bewerben können. *DVPB NW*